

Inklusion steht unter Druck – doch für Sonderschulen fehlt das Lehrpersonal

Neuer Bildungsbericht Bürgerliche fordern weniger Integration, Linke halten dagegen. Jetzt zeigt ein neuer Bericht: Mehr Sonderschulen würden schweizweit bis zu 2000 zusätzliche Lehrpersonen erfordern.

Sabrina Bundi

Würde der Kanton Basel-Stadt die integrative Schule abschaffen und seine Schülerinnen und Schüler mit einer Beeinträchtigung wieder in eine Sonderschule schicken, müsste er zwischen 200 und 300 neue Lehrkräfte einstellen. Im Kanton Zürich wären es rund 1000, was bei einem Anfangslohn von 99'000 Franken Mehrkosten von rund 100 Millionen Franken verursachen würde. Schweizweit würden um die 2000 Lehrerinnen und Lehrer fehlen. In manchen Kantonen bräuchte es bis zu zehn Prozent mehr Lehrpersonal.

Zu diesem Schluss kommt der neue Bildungsbericht 2026 – die «Bibel» der Schulbranche, eine Standortbestimmung mit Zahlen und Fakten zum Bildungssystem. Eine der rund 400 Tabellen zeigt, welche personellen Ressourcen nötig wären, um integrierte Schülerinnen und Schüler wieder zu separieren.

Was bedeutet dieses Resultat in einer Zeit, in der die integrative Schule immer kontroverser diskutiert wird? In der rund 4 Prozent aller Schülerinnen und Schüler der obligatorischen Schule sonderpädagogische Massnahmen erhalten?

«Separation würde am Personalmangel scheitern»

Mehr Separation in Sonderschulen würde teuer werden. Denn Sonderschüler kosten ein Vielfaches mehr als Regelschüler, weil sie intensiver betreut werden. Stefan Wolter, Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung und Verfasser des Bildungsberichts, gibt zu bedenken: «Das Problem wäre nicht nur ein finanzielles, die Separation würde rein am Personalmangel scheitern.»

Zwischen der Regelschule und der separierten Sonderschule gibt es eine dritte Variante, die in Kantonen wie Zürich, Basel oder Aargau diskutiert oder bereits umgesetzt wird: eine vermehrte Rückkehr zu Förderklassen. Sonderschülerinnen und -schüler müssten dabei die Regelschule nicht gleich ganz verlassen, was die im Bildungsbericht berechneten Mehrkosten und den Personalaufwand abfedern könnte, sagt SVP-Nationalrat Benjamin Fischer. «Wenn in Regelschulen Sonderklassen geführt werden, sind die Heilpädagoginnen und -pädagogen ja schon da, es gäbe also eher eine Umschichtung.»

Eine Zusammenführung von Sonder- und Regelschule wäre auch gemäss Romain Lanners, Direktor des Zentrums für Heil- und Sonderpädagogik, ein Zukunftsmodell. Ein solche «Schule für alle» wäre auch leichter umsetzbar, da Schulen umdisponieren könnten. «Da die Geburtenraten zurückgehen, entsteht mehr Platz, um Räume für besondere Bedürfnisse zu schaffen», sagt er. Neue Schulen könnten laut Lanners direkt barrierefrei gebaut werden.

Auch SP-Nationalrat Islam Alijaj – Verfechter der integrativen Schule – betrachtet eine



Sollen Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen separiert werden? Die integrative Schule wird kontrovers diskutiert. Foto: Getty Images

So viel mehr Lehrpersonen bräuchte eine Rückkehr zur Sonderschule

Bisher integrierte Kinder mit Sonderschulbedarf werden aus den Regelklassen genommen. Dafür braucht es zusätzlich Lehrpersonen an Sonder- sowie an Regelschulen. (Vollzeitstellen in Prozent)

Szenario A: Die verbleibende Klasse wird wieder aufgefüllt und gleich gross gehalten.

Szenario B: Die verbleibende Klasse wird in ihrer kleineren Grösse ohne Sonderschüler und Sonderschülerinnen weitergeführt.

	Szenario A	Szenario B
BS	6,0	10,7
ZH	4,9	8,4
NE	4,6	6,7
FR	3,3	6,1
TI	3,2	4,8
NW	2,9	6,9
LU	2,9	5,3
VD	2,5	4,2
GR	2,4	4,2
SO	2,3	4,2
VS	2,2	3,2
AG	2,0	4,6
GL	1,9	4,2
BL	1,9	4,0
AR	1,5	3,5
BE	1,3	2,5
OW	1,2	3,3
ZG	1,1	2,1
UR	0,9	2,7
TG	0,8	1,7
SZ	0,8	1,3
GE	0,5	2,0
SH	0,5	1,0
SG	0,2	0,3

Grafik: mre / Quelle: SKBF

örtliche Zusammenführung von Sonder- und Regelschulen als zielführend. Sie würde ein Ressourcengewinn bedeuten: «Zeitliche, personelle und finanzielle Ressourcen von separativen Strukturen müssen in ein inklusives System umgeleitet werden.»

Integrative Schule mit zwei Lehrpersonen pro Klasse

Islam Alijajs Ziel bleibt die vollständige Inklusion, worauf Kinder auch laut Behindertenrechtskonvention Anspruch haben. Um diese zu erreichen, schlägt er vor: «Zwei Lehrpersonen pro Klasse, das müsste Standard sein.»

Obwohl also breite Einigkeit darüber zu bestehen scheint, dass alle Kinder am gleichen Ort unterrichtet werden sollen, bleibt die Uneinigkeit darüber, ob sie auch in der gleichen Klasse unterrichtet werden sollen.

Im Fokus der Debatte stehen vor allem Kinder mit auffälligem Verhalten. FDP und SVP sind sich in ihren jeweiligen Bildungspapieren einig: Die integrative Schule behindere den Regelunterricht, die Qualität leide. «Ohne ausreichende Unterstützung durch Fachpersonen wie Heilpädagoginnen, Logopäden oder weitere Spezialisten wird die integrative Schule zur Belastung», sagt FDP-Nationalrätin Bettina Balmer.

Aber «gerade verhaltensauffällige Kinder passen sich in der Regelklasse den anderen Kindern an. In gesonderten Klassen hingegen schaukeln sie sich gegenseitig auf, weil ihnen positive Vorbilder fehlen», sagt Stefan Wolter. Zudem würden lernschwache Kinder den Unterricht qualitativ erst dann einschränken, wenn sie mehr als 20 Prozent einer Klasse ausmachten – wenn also 4 von 20 Schülerinnen und Schülern einer Klasse Verhaltensauffälligkeiten aufzeigen. Dieser Wert werde aber kaum erreicht, «weil insgesamt nur rund 4 Prozent der Schüler auf sonderpädagogische Massnahmen angewiesen sind», so Wolter.

Die Aargauer Schulen machten Schlagzeilen wegen ihrer integrativen Schule. Einerseits, weil der Kanton sich in einem Rechtsstreit befindet über eine Schülerin mit tetraspastischer Zerebralparese. Die Behörden wollen sie in einer Sonderschule unterrichten, die Eltern in der Regelschule. Andererseits hat der Kanton Aargau unter SVP-Regierungsrätin und Bildungsdirektorin Martina Bircher das Pilotprojekt «Förderklasse plus» lanciert. «Damit ist jedes Kind zur richtigen Zeit am richtigen Ort», sagt sie. Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf können Pausen, Projekte und Veranstaltungen gemeinsam mit den anderen verbringen, unterrichtet werden sie aber in Förderklassen.

Diese Form sei integrativ, denn Integration heisse nicht, «dass zwingend alle Kinder immer zusammen sein müssen», sagt Bircher. Die Förderklasse plus schaffe eine unkomplizierte und durchlässige Schnittstelle zwischen Regelklasse und Sonderschule.

Reintegration in Regelklasse als oberstes Ziel

Aber auch bei der Schaffung von Förderklassen sei Vorsicht geboten und der Grundsatz «Inklusion vor Separation» einzuhalten: «Die Durchlässigkeit und die Flexibilität müssen gewährt sein», sagt Thomas Minder, Präsident des Verbands Schulleiterinnen und Schulleiter. Eine Förderklasse dürfe nicht starr sein – auch nicht im gleichen Schulgebäude. «Es kann sein, dass für dasselbe Kind eine Separation zu einem gewissen Zeitpunkt Sinn macht, aber zu einem anderen nicht mehr.» Das oberste Ziel müsse stets die Reintegration in die Regelklasse sein.

Die Zahlen aus dem Bildungsbericht 2026 liegen vor – wie viel die Kantone in Integration investieren, ist unterschiedlich. Tendenziell sind Bergregionen inklusiver. «Man wollte und will alle Kinder in der Dorfschule behalten», sagt Romain Lanners. Die Dorfschule als Zukunftsmodell?